

Lage und Perspektiven der französischen Gewerkschaftsbewegung*

Dr. Rene Mouriaux, geb. 1936 in Dole (Jura), Studium am Institut für Politische Studien in Paris, ist Forschungsdirektor der Stiftung für Politische Wissenschaften in Frankreich. Veröffentlichungen zur Soziologie der Arbeitnehmerschaft und zu den französischen Gewerkschaften.

Lange Zeit beflügelt von der Französischen Revolution, geprägt durch drei blutige Niederlagen (1831,1848,1871) ist die französische Arbeiterbewegung auf ganz besondere Weise von einer Tradition bestimmt, die in ihrer Mehrheit das sozialdemokratische Modell und den Trade-Unionismus ablehnt. Das Übergewicht der revolutionären Gewerkschaftskonzeption und danach der kommunistischen Strömung bildete sich über eine lange Reihe von gewerkschaftlichen Kämpfen und Generalstreiks heraus. Diese konfliktorientierte Praxis verhinderte nicht nur, sondern sie begünstigte sogar die Entwicklung konkurrierender (gewerkschaftlicher) Kräfte auf konfessioneller oder berufsständischer Grundlage. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Politik provozierten Spaltungen (1921,1939,1947) oder Wiederaus zusammenschlüsse, die oft über den französischen Rahmen hinausreichten. Wenn die französische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1995 den 100. Geburtstag ihres ersten Gewerkschaftsbundes - des Allgemeinen Bundes der Arbeit, CGT - begeht, dann wird sie nicht nur feiern, sondern ihre Anstrengungen fortsetzen müssen, um die Schwierigkeiten zu überwinden, denen sie sich seit der offenen ökonomischen Krise von 1974 ausgesetzt sieht und die die sozialen Kompromisse ins Wanken gebracht hat, die in der Wachstumsphase nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gefunden werden konnten.

Die Schwächung der Gewerkschaften ist ein allgemeines Phänomen

Sieht man einmal von den Perioden ab, in denen Mobilisierung und Mitgliederzuwachs zusammenfielen (1919,1936,1944 und in viel geringerem Umfang 1968), dann haben die französischen Gewerkschaften immer nur eine Minderheit der Beschäftigten organisiert. Soziologen haben als Norm einen Organisationsgrad von 20 bis 25 Prozent festgestellt. Ein gewisses Elitenbewußtsein in der Gründungsphase, der Organisationspluralismus seit 1919/1921 und die Reglementierung seitens der Arbeitgeber und staatlicher Stellen haben zu einer Mitgliederschwäche beigetragen, die durch den Individualismus als Bestandteil der nationalen Kultur allein nicht erklärt werden kann. Jean Daniel Reynaud kommt in einer Analyse über die gewerkschaftlichen Kräfteverhältnisse im Jahre 1974 zu der Schlußfolgerung, daß „sich eine Stärkung

* Aus dem Französischen übersetzt von Peter Seideneck.

der Gewerkschaften vollzieht". Dieses Urteil - damals allgemein akzeptiert - gründete sich auf die Zunahme der Mitgliedschaft in absoluten Zahlen. Tatsächlich hielten die Gewerkschaften ihren Organisationsgrad bei einer stark expandierenden Beschäftigungsquote. Diese expansive Tendenz kehrt sich um mit dem Beginn der Wirtschaftskrise, mit wachsender Arbeitslosigkeit und Zunahme ungeschützter (prekärer) Beschäftigungsverhältnisse.

Die erste Organisation, die von einem Rückgang der beitragszahlenden Mitglieder betroffen wurde, war die CGT. Der Rückgang begann nach den offiziellen Zahlen 1976. Zu einer leichten Zunahme kam es im Jahre 1981, aber schon 1982 setzte sich der Mitgliederverlust im schnellen Rhythmus fort. Die Angestelltengewerkschaft CGC verzeichnete ihre höchsten Mitgliederzahlen 1976 und verliert seitdem ununterbrochen an Mitgliedern. Die CFDT, die seit ihrer Gründung im Jahre 1964 „Rückenwind“ hatte, tritt seit 1977 auf der Stelle und büßt seit 1983 erheblich an Mitgliedern ein. Die FEN (autonome Beamten­gewerkschaft im Erziehungs- und Kulturbereich) nahm bis 1978 zu und verzeichnet seitdem erhebliche Mitgliederrückgänge. Die Lage von CGT-FO und christlicher CFTC ist nicht leicht zu analysieren, weil diese beiden Organisationen nur fragmentarische Statistiken zur Verfügung stellen. Während sie sich in den ersten Jahren des allgemeinen Mitgliederrückgangs noch einigermaßen behaupten konnten, sind auch sie seit Mitte der achtziger Jahre von Mitgliederverlusten betroffen.

Auf unterschiedliche Weise ist also jede Komponente der französischen Gewerkschaftsbewegung von der „Desyndikalisierung“ betroffen. Keine ideologische Familie bleibt ausgespart - laizistische oder konfessionelle, reformistische oder revolutionäre, kategorielle oder interprofessionelle Organisationen sind betroffen. Dennoch wurde diese Entwicklung zunächst geleugnet. Die CGT weigerte sich bis 1991 von einer „gewerkschaftlichen Krise“ zu sprechen. Die CFDT hingegen hat sie sehr früh eingestanden, um ihren gewerkschaftlichen Kurswechsel zu rechtfertigen. Weder das willkürliche Leugnen noch der taktisch geschickte Umgang mit dieser Krise hat aber über den Substanzverlust hinwegtäuschen können, dessen Interpretation schließlich erneut die internen Spaltungen in der Gewerkschaftsbewegung zum Vorschein gebracht hat. Ohne in die „technische“ Diskussion einzusteigen (definiert sich Gewerkschaftsmitgliedschaft durch den Erwerb von 8, 10 oder 12 Beitragsmarken pro Jahr?), kann doch eine gewisse Quantifizierung vorgenommen werden. In weniger als 20 Jahren haben die Gewerkschaften mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Betrug der Organisationsgrad im Jahre 1974 noch 20 Prozent, so ist er im Jahre 1991 auf unter 10 Prozent abgesunken. Die Schätzungen bewegen sich zwischen 7 und 9 Prozent. Damit nimmt Frankreich, vergleicht man diese Zahl mit denen der anderen europäischen Länder, den letzten Platz ein. Auch wenn in diesem Zusammenhang auf die unterschiedlichen Anreize und Bedingungen zur gewerkschaftlichen Organisation hingewiesen wird - in Frankreich gibt es weder das closed-shop-System noch gibt es nennenswerte gewerkschaftliche Serviceleistungen für die Mitglieder -,

so kann das nicht über den alarmierenden Zustand der französischen Gewerkschaften hinwegtäuschen.

Und schließlich ist der Mitgliederstand nicht der einzige besorgniserregende Indikator. Auch andere Symptome belegen den Attraktivitätsverlust: Die französische Gewerkschaftsbewegung war bisher immer stolz darauf, eine „rebellische Elite“ des Landes anzuziehen. Heute hat sie Schwierigkeiten, die aus Altersgründen ausscheidenden Aktiven zu ersetzen. Nach den Daten des Arbeitsministeriums ist die Zahl der betrieblichen Gewerkschaftsdelegierten von 1985 bis 1988 von 44 271 auf 43 378 zurückgegangen. Noch größer ist der Rückgang der betrieblichen Personalvertreter im gleichen Zeitraum, nämlich von 307 784 auf 283 906. Natürlich hat auch die anti-gewerkschaftliche Repression ihren Anteil an dieser Entwicklung. An Beispielen dafür mangelt es nicht - in einigen Fällen führten antigewerkschaftliche Aggressionen sogar zum Tode aktiver Gewerkschafter (1977: Pierre Maitre, 1984: Orgol Kemal; Mohamed Simerabat (1983) und Patrick Boudet (1988) hingegen überlebten gegen sie gerichtete Attentate). Weniger spektakulär: Unliebsame Gewerkschafter wurden aus Unternehmen entfernt. Das Arbeitsministerium hat zwischen 1975 und 1987 mehr als 30 000 Fälle registriert, in denen aktive Gewerkschafter im Zusammenhang mit Belegschaftsabbau entlassen wurden. Der Druck auf gewerkschaftliche Aktivitäten hatte also nachteilige Auswirkungen auf das gewerkschaftliche Engagement in einer ohnehin defensiven Phase. Das allein reicht jedoch nicht aus, um ein Rückgang des gewerkschaftlichen Engagements und der Bereitschaft zur Übernahme von Funktionen zu erklären.

Unter denen, die sich engagiert haben, machten sich Ermüdung und Entmutigung breit. Unter der Jugend hat die Aura der Gewerkschaftsbewegung an Glanz verloren. Ohne auf den Rückzug ins Privat- oder Berufsleben näher einzugehen, schreckt heute auch der alte gewerkschaftliche Kampfstil eher ab. Andere Ideen, der Antirassismus, die Ökologie gewinnen an Anziehungskraft. Der Streit in der Gewerkschaftsbewegung steht einem Engagement in den Gewerkschaften im Wege, ein Engagement, das in der Vergangenheit in Frankreich durch seine Dynamik die eigene Mitgliederschwäche ausgleichen konnte.

Auch am dritten Strukturmerkmal der französischen Gewerkschaftsbewegung, dem Wähler (bei Betriebs-, Sozialversicherungs- und Beisitzerwahlen zu den Arbeitsgerichten), ist die Krise nicht spurlos vorübergegangen. Im Zusammenhang mit dem Organisationspluralismus und der Mitgliederschwäche spielen die betrieblichen Wahlen eine bedeutende Rolle im französischen System der Interessenvertretung. Die Resonanz der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen wurde immer auch bei nationalen Wahlen (Sozialversicherung und Arbeitsgerichte) und bei betrieblichen Wahlen gemessen. Nimmt man die Ergebnisse der Wahlen zu den Betriebskomitees als Barometer, so haben die Wahlenthaltungen zwischen 1966 und 1990 um 6,9 Prozent zugenommen. Noch schwerwiegender: Die Beteiligung an Straßendemonstrationen, eine

alte, aber immer wieder aufgenommene Kampf praxis, nimmt ab und vor allem verlieren die Streiks sowohl an Bedeutung wie auch an Erfolg.

Die Krankheiten, an denen die französischen Gewerkschaften leiden, sind keine Sekundärerkrankungen. Darüber hinaus gibt es auch noch einen Kumulationseffekt. Weniger Mitglieder, das bedeutet auch weniger Aktive - weniger Aktive, das bedeutet auch weniger Mitglieder. Die nachlassende Finanzkraft führt zu einer verminderten Interventionsfähigkeit, was wiederum negativ auf den Mitgliederstand einwirkt.

Um aus diesem Teufelskreis auszubrechen, hat die Gewerkschaftsbewegung nach den Gründen für ihre Schwierigkeiten gesucht und trotz der Blockaden und der Meinungsverschiedenheiten, auf die bereits hingewiesen wurde, sind dabei generell gültige Ursachen ausgemacht worden, so daß nun aus wissenschaftlicher Sicht zu einer kritischen Feinbewertung übergegangen werden kann.

Gemeinsame Fragestellungen

Nach Hegel ist der Zustand der Welt in einer Krisenperiode noch nicht bekannt. Deshalb blühen in solchen Zeiten illusorische Interpretationen, anachronistische Aktionen haben Konjunktur. Wenn man sich darauf verständigt, unmittelbare, einseitige und rein deskriptive Erklärungen zu vermeiden (wie zum Beispiel die, die französische Gewerkschaftsbewegung gehe am aufkommenden Individualismus, an ihrer Politisierung zugrunde), dann muß man sich mit zwei Herausforderungen auseinandersetzen:

Zunächst einmal ist es unerläßlich, die Arbeitnehmerschaft in ihrer Unterschiedlichkeit und in ihrer Komplexität zu reflektieren. Die französische Gewerkschaftsbewegung aber blieb der Konfiguration des fordistischen Kompromisses verhaftet, mit Facharbeitern und Hilfsarbeitern, Angestellten bei Banken und Handel und keynesianischen Staatsbeamten. Die Wirtschaftskrise hat aber nicht nur die Zahl derer verringert, die bisher auf fast schon mythische Weise als gewerkschaftliche Bastionen präsentiert werden konnten, sie hat auch eine „gewerkschaftliche Wüste“ hervorgebracht, in der fast drei Millionen Arbeitslose, eine Million Menschen in ungeschützten Arbeitsverhältnissen und drei Millionen Arbeitnehmer in Kleinunternehmen leben. Sie hat für eine Zunahme der Schicht gut ausgebildeter Techniker und Intellektueller gesorgt, Schichten, die der alten Kultur der Arbeit fremd gegenüberstehen.

Angesichts dieser „Entproletarisierung“ und der Zweiteilung des Arbeitsmarktes müssen die Gewerkschaften nicht nur eine angemessene Strategie hervorbringen. Sie befinden sich auch in der Lage von Missionaren, deren Hauptaufgabe darin besteht, in die Gebiete der „Barbaren“ einzudringen, um die Mentalität der zu gewinnenden Bevölkerung verstehen zu lernen, an ihrem Leben teilzunehmen und schließlich ihr Vertrauen zu erwerben, um sie so für die eigenen Reihen zu gewinnen. Diversifizierte Aktivitäten in Richtung

Jugend, Frauen, Arbeitsmigranten, Techniker, Intellektuelle müssen entfaltet werden, ohne dabei die traditionellen Berufsgruppen zu vernachlässigen. Das alles miteinander zu verbinden, verlangt die Ausarbeitung gemeinsamer Ziele, die sich auf die verschiedenen Bedürfnisse stützen können. Die Gewerkschafter stehen also vor einer beachtlichen Herausforderung. Derzeit sind sie mit dem Auftauchen von Strukturen konfrontiert, die die Gewerkschaften substituieren, vor allem in den schwach organisierten Sektoren (Pflegepersonal, Sozialarbeiter). Das Dilemma ist offensichtlich: Sich beteiligen mit dem Risiko, sich in diesen Bewegungen zu verlieren, oder sie umgehen mit der Gefahr, sich von einer sich widersetzenden Basis abzukoppeln.

Andererseits sind die französischen Gewerkschaften unter erheblichem Druck, eine Politik zu entfalten, die der internationalen Arbeitsteilung entspricht. Das fordristische Wachstum nach dem Zweiten Weltkrieg war im wesentlichen ein Wachstum, das im nationalen Rahmen stattfand. Der Aufbau der Europäischen Gemeinschaft und in einem noch weiteren Rahmen die verstärkte Verbreitung multinationaler Unternehmen haben die alten Gleichgewichte durchbrochen. Eine auf die Welt hin „geöffnete“ Wirtschaft verlangt künftig mehr an internationaler gewerkschaftlicher Zusammenarbeit. Erste Ansätze dazu zeigen sich in einigen Branchen und Konzernen. Auf europäischer Ebene entwickelt sich langsam eine grenzüberschreitende gewerkschaftliche Zusammenarbeit.

Die CFE-CGC (Angestellengewerkschaft) hat zur Gründung einer Europäischen Angestellengewerkschaft (CEC) beigetragen. Die FEN ist aktiv im Internationalen Berufssekretariat der Erziehungsgewerkschaften (SPIE). Die CFDT, FO und die CFTC gehören dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) an. Der Aufnahmeantrag der CGT in den EGB, seit 1979 beiseite gelegt, stellt sich durch das Verschwinden des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) unter neuen Bedingungen. Mit der CGT fehlt dem EGB eine Komponente, die er kaum ignorieren kann. Die Verdichtung der internationalen Gewerkschaftsbeziehungen steht auf der Tagesordnung, selbst wenn die dabei zu überwindenden Probleme noch erheblich sind und ihre Ursachen nicht nur bei den französischen Gewerkschaften liegen. Der Umbau des EGB in einen realen Akteur auf der europäischen Bühne verlangt eine Anstrengung aller seiner Mitgliedsorganisationen. Dieser Umbau verlangt die Antwort auf die Frage nach einer gemeinsamen Strategie, deren selbst bescheidene Formulierung auf erhebliche Hindernisse stößt.

Die Antworten auf die Wirtschaftskrise

Angesichts des Bruchs mit dem fordristischen Kompromiß ist die Gewerkschaftsbewegung gespalten. Dieses Phänomen ist offenkundig in Großbritannien, weniger in Italien, wo der 12. Kongreß der CGIL seine Divergenzen mit den anderen Gruppierungen vermindern hat. In Frankreich besteht zwar das Bewußtsein über die Notwendigkeit von Aktionseinheit, was aber niemanden daran hindert, die internen Spaltungen aufrechtzuerhalten. Unterschiedliche

Optionen werden in jeder Organisation diskutiert und tragen zur Bildung von drei großen Lagern bei:

Die CFDT und die FEN bilden einen „regulationistischen Pol“. Die traditionelle Gewerkschaftspolitik wird wegen ihrer immanenten Schwächen und ihrer mangelnden Adäquanz der wirtschaftlichen und sozialen Lage gegenüber abgelehnt. Eine Politik des „immer mehr“ unter den Bedingungen der internationalen Herausforderungen dieser Zeit führt zu einer Verstärkung der Inflation und zu mehr Arbeitslosigkeit, zum Gegenteil dessen, was man erreichen will. Eine Politik des „immer mehr“ fördert darüber hinaus einen blinden und antagonistischen Korporatismus. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Interessen der Gesellschaft, macht es sich die Gewerkschaftspolitik zur Aufgabe, eine bessere Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel sicherzustellen, für die Solidarität unter den Gruppen zu sorgen, die besten Lösungen bei der Organisation der Arbeit, den technologischen Entscheidungen, dem Typ von Produkten und dem Respekt vor der Umwelt zu suchen. Diese Gewerkschaftspolitik arbeitet nicht mehr für eine andere Produktionsweise, sondern sie versucht, die als unumgänglich anerkannten Realitäten an ihre Ziele anzupassen. Diese Gewerkschaftspolitik - unter dem Signum des Möglichen - verläßt sich mehr auf die Praxis sozialer Vertragsbeziehungen, weniger auf den Gesetzgeber - eine Vertragspraxis, die flexibel, revidierbar und realitätsnah ist.

Der Verzicht auf die großen Referenzen - die des Sozialismus bei der CFDT und die des Laizismus bei der FEN - stellt das Mitglied, nicht aber den Aktiven in den Mittelpunkt, und zwar in einer Zeit, in der Mitglieder sich rar machen. Wie also kann ein Mitgliederzuwachs erreicht werden? Indem man auf die Interessen und auf die Einheit setzt. Eine erste Komponente besteht in der Entwicklung einer möglichst großen Zahl gewerkschaftlicher Serviceleistungen. Rechtsberatung, Zusatzversicherungen, günstige Einkaufsgelegenheiten - Formeln gibt es reichlich. Ihre Umsetzung in die Praxis ist schwierig.

Auch mit einer anderen Variante wird derzeit experimentiert: Der Arbeitgeber händigt dem Beschäftigten einen Gewerkschaftsscheck aus, den dieser an die Organisation seiner Wahl weiterreicht. Über ein solches Verfahren wurde am 2. Juli 1990 für die „Axa-Versicherungen“ unterzeichnet. In der Gruppe „Casino“ (Handelsunternehmen) wurde am 1. Oktober 1991 eine Vereinbarung unterschrieben, nach der jede Gewerkschaftsorganisation im Unternehmen einen pauschalen Betrag und eine Ergänzung dazu auf der Grundlage der Ergebnisse der betrieblichen Wahlen erhält. Die zweite Komponente des Versuchs einer „Resyndikalisierung“ setzt auf die organisatorische Einheit, eine alte Hoffnung der französischen Arbeitnehmer. Das Projekt einer gewerkschaftlichen Neugruppierung („recomposition syndicale“) wurde im Jahr 1986 konstituiert. Unmittelbar nach den Parlamentswahlen, bei denen die Sozialisten ihre Mehrheit verloren, war dies eine Antwort auf die strukturelle Schwäche der Sozialistischen Partei, die über keinen gewerkschaftliche Relaisstation in der Arbeitswelt verfügt. Deutschland war das

Referenzmodell. Zu Beginn ging es darum, die verfügbaren sozialdemokratischen Kräfte bei der CFDT, bei der FEN, bei FO und - in einem sehr geringen Umfang — bei der CGT einander anzunähern. Diese „von oben“ gestartete Politik traf auf heftige Widerstände. Innerhalb der FO kam es zu erheblichen Konfrontationen. Marc Blondel, der 1989 gewählte neue Generalsekretär von FO, verkörpert die Opposition gegen dieses Projekt, das als „syndicalisme d'accompagnement“ (Gewerkschaftspolitik als eine Art „Beilage“ zum „Hauptgericht Politik“) charakterisiert wurde. Die Mehrheit von FO setzt auf eine ungebrochene Fortsetzung eines „syndicalisme de contestation“ („streitbare Gewerkschaftspolitik“), die nach Auffassung ihrer Anhänger auch noch das Verdienst hat, der CGT das Forderungsmonopol streitig zu machen und sie daran zu hindern, den alleinigen Nutzen aus der Beteiligung an den sozialen Bewegungen zu ziehen. Die Annäherung im Rahmen der gewerkschaftlichen Neuorientierung beschränkt sich schließlich auf die zwischen CFDT und FEN, und das um den Preis des Ausschlusses oppositioneller Minderheiten. So trennte sich die CFDT 1988 von oppositionellen Gruppen bei der Post (Gruppierung SUD) und im Gesundheitswesen (CRC). Die FEN bereitet einen außerordentlichen Kongreß vor, der sich mit einer Strukturreform befassen soll und zur Abwanderung von fünf Gewerkschaften führen wird, die von der von Kommunisten geführten Strömung „Einheit und Aktion“ geleitet werden.

Die „recomposition“ vollzieht sich also — vor allem für die FEN — zu einem hohen Preis und in einem deutlich engeren Rahmen als ursprünglich vorgesehen. Vor allem die Haltung von FO setzt diesem Versuch enge Grenzen. Hinzu kommt, daß zwei Organisationen aus dem reformistischen Lager außen vor bleiben, selbst wenn sie sich an Konsultationen beteiligen: Die CFTC einerseits bleibt davon überzeugt, daß die Traditionen der christlichen Gewerkschaftsbewegung in einem größeren Ganzen nur verloren gehen würde. Auf der anderen Seite steht die CFE-CGC, die, allen sozialdemokratischen Bindungen gegenüber allergisch, nicht mit allen gewerkschaftspolitischen Aspekten des Projektes übereinstimmt, insbesondere nicht mit dem Ziel einer Verringerung der Einkommensabstände bei den Beschäftigten.

CFDT, FEN, CFTC und CFE-CGC repräsentieren eine Seite der französischen Gewerkschaftsbewegung, die ihre Politik zunehmend koordiniert. So haben diese vier Organisationen am 11. Oktober 1991 die französische Premierministerin aufgesucht, um eine selektive Aufschwungpolitik für die französische Wirtschaft zu verlangen. Die FO nimmt eine zweite Position ein, die sich stärker auf die gewerkschaftliche Forderungspolitik stützt. Sie hatte für den 24. Oktober 1991 zu einem Generalstreik aufgerufen. Und schließlich stellt die CGT einen dritten Pol dar, für den Gewerkschaften eine klassenbewußte Massenbewegung sind (syndicalisme de masse et de classe).

Wenn die CGT auch nach wie vor die größte Gewerkschaftsorganisation des Landes geblieben ist, so ist die von Henri Krasucki geführte Organisation doch stark getroffen von ihrem Verlust an Mitgliedern, an Aktiven, an Hauptamtlichen, durch eine Verringerung ihrer Mittel, ihrer Resonanz und ihrer Wirk-

samkeit. Den allgemeinen Problemen, die alle Organisationen erschüttern, gesellen sich noch spezifische hinzu: Sie hat, wenn auch mit zunehmender Kritik, das sowjetische Modell unterstützt. Im Weltgewerkschaftsbund hat sie in den Jahren 1945 bis 1991 eine wichtige Rolle gespielt (mit einem vorübergehenden Rückzug zwischen 1975 und 1986). Die Auflösung der kommunistischen Regime läßt eine Referenz verschwinden und befreit von einer drückenden Bindung. Die CGT bediente sich im ideologischen Fundus der Kommunistischen Partei Frankreichs, was ihr eine gewisse kulturelle Kohäsion sicherte. Der Niedergang der KPF, ihre intellektuelle Verwirrung und ihre Balkanisierung verdrängen das Prinzip einer internen Homogenität. Die Erfahrung in der Regierung Mauroy mit der Beteiligung von vier kommunistischen Ministern zwischen 1981 und 1984 hat einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen. Der Wille zur Konvergenz mit den anderen französischen Gewerkschaftsorganisationen genauso wie mit denen der EG wird deutlich. Kurz: Die alten Gewißheiten verschwinden, neue Fragen tauchen auf.

Unter welchen speziellen Krankheiten leidet die CGT? Die Abhängigkeit von der KPF ist ein erstes Thema. Auf der Sitzung des Bundesausschusses im Juni 1991 hat Henri Krasucki für die Unabhängigkeit plädiert und die Vorstellung vom Transmissionsriemen zurückgewiesen. Diese Linie findet aber nicht ungeteilte Zustimmung. Der designierte Nachfolger Krasuckis, Louis Viannet, ist Mitglied des Politbüros der KPF. Ein zweites Thema der Selbstkritik beschäftigt sich mit dem „ouvrierisme“ der CGT (politische und kulturelle Konzentration auf den „klassischen“ Arbeiter). In Zweifel gezogen werden auch gewisse „Delegierungspraktiken“. Gleichzeitig versucht die CGT eine basisdemokratische Praxis in den sozialen Kämpfen sowie offene Diskussionen in den internen Instanzen und soziale Forderungen sowie ökonomische Konzepte zu artikulieren. Ohne Zweifel versucht sie aber ihre Politik zu erneuern, wenn auch mit Unebenheiten und Zweideutigkeiten. So hat sich die CGT dem Streik vom 24. Oktober 1991 angeschlossen, zu dem die FO aufgerufen hatte.

In einer Phase der Erneuerung bleibt die französische Gewerkschaftsbewegung gespalten gegenüber einer Antwort auf die wirtschaftliche Krise. Nichts rechtfertigt die Annahmen, daß ihre Schwächung abgebremst ist noch daß ihr Abschwung sich fortsetzen wird. In einem Klima der Ungewißheit befindet sich die französische Gewerkschaftsbewegung vor einer dunklen und noch nicht entschiedenen Zukunft, die um so offener sein wird, je mehr sie die Fähigkeit entfaltet, den „Pessimismus der Intelligenz“ mit dem „Optimismus des Willens“ zu verbinden (Antonio Gramsci).